

Johann-Philipp-Palm-Preis 2016

*Akademiker für den Frieden (Türkei): Laudatio von Christiane Schlötzer*

Tausende Verhaftungen, Entlassungen, Gerichtsprozesse, Enteignungen, wer zählt sie noch? Akademiker, Journalisten, Unternehmer, Offiziere, Richter, Lehrer, Gouverneure, Hochschulrektoren, Abgeordnete, die Vorsitzenden der mehrheitlich kurdischen HDP, die eigentlich eine Bündnispartei ist, der auch Sozialisten, Feministinnen und Umweltaktivisten angehören. Betroffen sind mehr als 120 000 Menschen und ihre Familien, Angehörige, deren Pässe ungültig gemacht wurden, Kinder, die von Schulen verwiesen wurden. Wer kennt noch all ihre Namen? Ihr Vergehen: Gegnerschaft oder auch nur vermeintliche Gegnerschaft zu einem Mann, dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. 2016 ist das Horrorjahr der Türkei.

Dabei hatte dieses Jahr so gut angefangen. Mit einer Friedensdeklaration von Akademikern, auch sie in großer Zahl, mehr als 2000, für die wir heute hier stellvertretend vier Menschen ehren: Muzaffer Kaya, derzeit Research-Fellow der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin und davor Assistenz-Professor für Soziologie an der Nişantaşı Universität in Istanbul, und dort entlassen weil er eben jenen Friedensaufruf unterzeichnet hat; Meral Camcı, nun an der Fakultät für Übersetzung, Sprach- und Kulturwissenschaft der Uni Mainz, auch sie wurde von ihrer Hochschule in Istanbul verwiesen. Halil Ibrahim Yenigün, jetzt ebenfalls in Berlin, entlassen von der Istanbuler Wirtschaftsuniversität. Zeliha Gizem Sayın, Juristin, noch an der Kadir Has Universität in Istanbul.

Wir ehren sie, weil sie den Mut hatten in einem schon damals - im Januar 2016 - herrschenden Klima der Angst, einen Appell aufzusetzen, der dazu aufrief, die Gewalt im Namen des Staates im kurdisch besiedelten Südosten des Landes zu beenden. In Städten wie Diyarbakir und Sirnak galten schon damals Ausnahmezustand und Ausgangssperren. Die Armee ging mit großer Härte und Unnachgiebigkeit gegen meist blutjunge militante Kurden vor, Krankenwagen wurde der Weg zu Verletzten verwehrt, Infrastruktur und Häuser wurden zerstört, es gab viele Tote, darunter Kinder und alte Menschen. Tausende flüchteten aus ihren Wohnungen, oft mit nichts als einem Bündel Habe. In Diyarbakir ist seither die historische Innenstadt, sind Kirchen, Moscheen und Gebäude, Sperrgebiet.

Unter solchen Umständen zum Frieden aufzurufen, verlangt den Mut der Verzweiflung - und die Überzeugung, dass es eine Alternative zur Gewalt gibt, nachdem alle Versuche einer militärischen Lösung des Konflikts, der im Grunde so alt ist wie die Türkische Republik, nichts gebracht haben.

Die Initiatoren der Petition unter dem Titel „Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein“ hatten nicht mit solcher Resonanz gerechnet, mit so vielen Unterschriften, in kurzer Zeit von Akademikern von

fast 100 Universitäten. Jeder, der seinen Namen unter den Text setzte, zeigte Courage. Denn auch die Einschränkungen der akademischen Freiheit, die Verfolgung von Andersdenkenden, hatten ja schon weit vor dem gescheiterten Militärputsch am 15. Juli begonnen.

Ich kann mich gut an Debatten in Internetforen erinnern, in denen sich Journalisten, Filmemacher und Intellektuelle fragten, ob sie die Deklaration auch unterzeichnen sollten, ob sie nicht zu einseitig sei, weil sie die Gewaltakte der PKK nicht thematisierte. Die Autoren des Appells aber argumentierten, der Staat sei der legaler Akteur, nicht die PKK, deshalb sei ihr Adressat auch der Staat.

Anfang 2013 gab es eine Periode der Suche nach Frieden, der Staat verhandelte gar mit der PKK. Der Krieg in Syrien, der der Türkei inzwischen so nahe gekommen ist, und Erdoğan's Kampf um die absolute Macht haben diesen Prozess zerstört. Bei Wahlen im Juni 2015 kam die legale mehrheitlich kurdische Bündnispartei HDP unter ihrem charismatischen Chef Salahattin Demirtaş auf nie zuvor erreichte 13 Prozent. Damit war erstmals seit 2002 die absolute Mehrheit der AKP im Parlament gebrochen. Erdoğan aber wollte das nicht akzeptieren, er wollte seinen Traum von einer Verfassungsänderung hin zu einer Präsidialrepublik nicht begraben. Er ließ im November noch ein Mal wählen, und die AKP errang wieder die absolute Mehrheit - nach einer massiven Kampagne, in der Erdoğan die gesellschaftliche Polarisierung noch einmal verschärfte, nach dem Motto: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Schon damals ging er mit großer Härte gegen die Bewegung seines einstigen Weggefährten Fethullah Gülen vor – und gegen die Kurdenpartei HDP. Im Südosten wurde die Quasi-Autonomie, die die Kurden zuvor durch Mehrheiten in vielen Rathäusern erreichte hatten, Schritt für Schritt zerstört.

All das ging dem Friedensaufruf voraus. Für die Petenten hatte ihr Engagement fatale Folgen. Etwa 150 Unterzeichner wurden von den Universitäten entfernt, von staatlichen wie privaten, etwa 550 Disziplinarverfahren wurden eingeleitet, es gab etwa 600 Anzeigen, 43 Petenten wurden vorübergehend festgenommen, vier saßen im Gefängnis. Dazu gab es Hasskampagnen im Internet, Todesdrohungen. Vier Initiatoren des Appells saßen noch im Gefängnis, als ihre Empfehlung für den Palm-Preis eingereicht wurde. Seit 22. April sind sie wieder auf freiem Fuß, aber alles andere als frei. Der Prozess vor einem Istanbuler Gericht gegen sie läuft noch: der Vorwurf: Propaganda für eine illegale Organisation. Der Staatsanwalt sprach zudem von „Verunglimpfung des Türkentums und staatlicher Organisationen“. Für Erdoğan ist der Aufruf Terrorunterstützung. Das türkische Strafbuch ist vage und weit gefasst. Bei einer Verurteilung drohen jahrelange Haftstrafen.

Die Auszeichnung der Petenten, die am 1. September auch den Aachener Friedenspreis erhalten haben, steht nun am Ende dieses türkischen Horrorjahres für so vieles: für die Überzeugung, dass eine offene demokratische Zivilgesellschaft zwingend ein freies Bildungswesen erfordert. Rektoren von Universitäten werden nun unter Ausnahmezustandsrecht direkt vom Staatspräsidenten bestimmt, auch

gegen den Willen der Hochschulen. So geschehen gerade an der renommierten Bosphorus-Universität, wo die zuvor mit fast 90 Prozent Zustimmung vom Kollegium gewählte Rektoren kurzerhand von Erdogan abgesetzt wurde.

Somit steht diese Auszeichnung heute auch als Mahnung gegen alle Einschränkungen der akademischen Freiheit. Sie gilt der Diskussions-, Meinungs- und Gedankenfreiheit, der Forschungs- und Bewegungsfreiheit, der Reisefreiheit, und der Freiheit der Lebensstile, sie steht für das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Verbot der Folter und der Todesstrafe. Denn dies alles steht zur Disposition.

Und vergessen wir nicht: Die Türkei hat einst, vor über 80 Jahren, mehr als 1000 deutsche Wissenschaftler aufgenommen, die vor den Nazis fliehen mussten, sie hat ihnen die Chance gegeben, zu Überleben und ihre akademische Karrieren fortzusetzen. Das sollte uns Verpflichtung sein, jetzt etwas zurückzugeben. Ich gratuliere den diesjährigen Gewinnern des Palm-Preises herzlich. Palm ödülü için tebrikler!